

Kommt es rund ums Spiel zu Gewalt, ist Alkohol sehr oft im Spiel

Gewalt im Sport. Ausschreitungen bei grossen Sportanlässen lassen in jüngster Zeit wieder vermehrt aufflackern. Alkohol ist fast immer mit im Spiel, wenn es in den Stadien oder nach dem Spiel zu Schlägereien und Vandalismus kommt. Was tun? Viele fordern harten Durchgreifen, gesetzliche Grundlagen für mehr Kontrolle sind – im Hinblick auf die Europameisterschaft von 2008 – in Vorbereitung. Fachleute plädieren für mehr präventive Fanarbeit. Und ein Vorstoß im Nationalrat verlangt, dass der Bund Subventionen für Vereine und Verbände streicht, wenn sich diese von der Alkoholindustrie sponsieren lassen.



Ein Blick auf die Homepage einer weltweit tätigen Bierbrauerei zeigt, wie eng die Verknüpfung zwischen Sport (in unserem Beispiel die Schweizer Fussball-Nationalmannschaft) und Sponsoring der Alkoholindustrie ist. (Abdruck mit Genehmigung der Feldschlösschen Getränke AG).

Gewaltakte an Sportveranstaltungen haben wieder Hochkonjunktur. Nach europaweit massivsten Problemen in den 1980er Jahren war es in den 90ern ruhiger geworden, doch in den jüngsten Jahren machen Vandalismus, Ausschreitungen und die Polizeiaktionen dagegen regelmässig Schlagzeilen. Alkohol ist ein zentraler Bestandteil der Fankultur und bei der Entstehung von Gewalt sehr oft im Spiel. Sportveranstaltungen und Alkohol gehören für viele untrennbar zusammen. Viele Namen von Fanclubs sprechen für sich: Etwa «Die GC Wodka Fanatics Aargau» («Der Fanklub mit mehr Promille»), die «Schaffhauser Bierkurve» oder die «Curva Birra» des FC Basel («Unser Interesse gilt: 1. dem FC Basel und 2. dem Bier. Eventuell auch umgekehrt.»).

Alkohol enthemmt

Laut Anton Lehmann, Präventionsfachmann am Bundesamt für Sport (BASPO), spielt Alkohol an Sportveranstaltungen eine bedeutende Rolle. «Alkohol wirkt als Enthemmer und fördert somit auch die Ausschreitungen», sagt Lehmann, «vor allem bei Auswärtsspielen, wo die Fans bereits auf der Anreise bechern.» Der studierte Psychologe David Zimmermann, ein Pionier der Fanarbeit, warnt davor, die Problematik allzu pauschal zu betrachten. Alkohol gehöre für viele zur Kultur des Fan-Seins wie die Bratwurst oder das Halstuch in den Farben der bevorzugten Mannschaft. Natürlich setzt Alkohol die Hemmschwelle herunter und führt bei einzelnen dazu, dass die latente Gewaltbereitschaft zu Tage tritt. Gruppen, die bei Sportveranstaltungen bewusst auch gewalttätige Ausschreitungen suchen, würden zur Vorbereitung auf

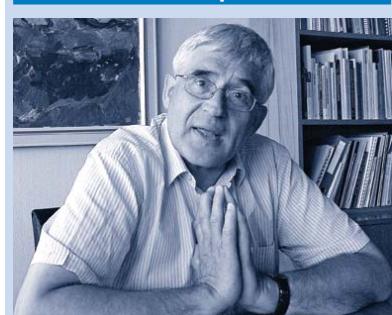
die Schlägereien eher Mineralwasser und Cola trinken, weil Alkohol die Reaktionsfähigkeit und buchstäblich die Schlag-Fertigkeit beeinträchtigt, sagt Zimmermann aufgrund seiner langjährigen Erfahrung. Oft seien hier auch andere Drogen wie Kokain im Spiel. «Bei jüngeren Fans ist das Kiffen ebenfalls weit verbreitet, was durchaus nicht harmlos ist, weil auch Cannabis die Wahrnehmung verändert, Randale und Vandalismus begünstigen kann.»

Fans ernst nehmen

David Zimmermann war von 2001 bis 2005 Leiter des pionierhaften Zürcher Fanprojektes, bevor dieses wegen Geldmangel eingestellt wurde. Zimmermann stand mit seinem Kollegen bei Spielen der Grasshoppers in der Stehplatzkurve, suchte das Gespräch, versuchte beruhigend auf die Fans einzutreten und Ausschreitungen zu verhindern. Durch stete Präsenz erlangten die Fanarbeiter Akzeptanz bei den Fans, «da waren endlich Leute, die ihnen ohne Vorurteile zuhörten, sie ernst nahmen». Die Fans spürten, dass der Verein sich für sie interessiert, dieser konnte das Kontingent privater Sicherheitsleute reduzieren. Natürlich, so Zimmermann, seien zwei Leute «ein Tropfen auf den heißen Stein», aber sie hätten zur Deeskalation beigetragen. Fanarbeit gibt es in verschiedenen Formen: als aufsuchende Sozialarbeit, wie sie Zimmermann geleistet hat, als Selbsthilfestruktur von Fans für Fans, als Vereins-Fanarbeit der grossen Klubs oder als polizeiliche Fanarbeit.

Thema:
Risiko

Schweizer Suchtpolitik



Die Schweizer Suchtpolitik der Zukunft soll ausgeweitet werden auf alle psychoaktiven Substanzen, auch heute legale wie Alkohol, Tabak oder Medikamente. Dies fordert der unlängst publizierte Bericht psychoaktiv.ch der Eidgenössischen Kommission für Drogenfragen. Der langjährige Präsident dieser Kommission, der Präventivmediziner François van der Linde, erklärt im spectra-Gespräch, wie und warum die einzelnen Substanzen nach ihrer jeweiligen Gefährlichkeit und der Konsumform differenziert beurteilt werden sollen. » Seiten 4/5

Passivrauchen

Das Nationale Programm zur Tabakprävention zeigt Wirkung. Der Bundesrat hat das Programm bis Ende 2007 verlängert. Die Kampagne «Rauchen schadet...» des Bundesamtes für Gesundheit ist Teil dieses Programms. 2005 greift die Kampagne erneut das Thema Passivrauchen auf. Mit Inseraten und TV-Spots soll das Bewusstsein für dieses häufig unterschätzte Gesundheitsproblem weiter geschärft werden. Erwerbstätige werden motiviert, sich vermehrt für ein rauchfreies Arbeitsumfeld stark zu machen. » Seiten 6/7

Fortsetzung von Seite 1

Alkoholverbot im Stadion?

Um den Alkohol als Katalysator von Vandalismus, Ausschreitungen und Gewalt aus dem Spiel zu nehmen, müssen die Verhältnisse im Umfeld grosser Sportveranstaltungen geändert werden. Alkoholverkaufsverbote in den Stadien, ergänzt durch Einlasskontrollen und Eintrittsverbote für bereits betrunken Fans können helfen, Eskalationen vorzubeugen. Dass bereits heute bei Fussballspielen der UEFA und der Champions League generelles Alkoholverbot herrscht und grosse Klubs wie die Zürcher Grasshoppers oder der FC Basel bei Risikospiele den Alkoholausschank verbieten, lässt darauf schliessen, dass diese Massnahme wirksam ist. Im Ausland wurden ähnliche positive Erfahrungen gemacht, aber die konsequente Umsetzung von Alkoholverboten lässt noch auf sich warten. Dies obwohl im Europäischen Übereinkommen über Gewalttätigkeiten und Ausschreitungen von Zuschauern bei Sportanlässen, insbesondere bei Fussballspielen (SR 0.415.3) diese Massnahmen als konkrete Vorrangshierarchien zur Vorbeugung von Gewalttätigkeiten und Ausschreitungen aufgeführt werden. Dieses Übereinkommen wurde neben Mitgliedstaaten des Europarates sowie übrigen Mitgliedstaaten des Europäischen Kulturabkommens auch von der Schweiz unterzeichnet.

Thomas Helbling, Präsident der Sicherheits- und Fankommission der Swiss Football League (SFL), plädiert allerdings für einen Mittelweg: «Ich glaube an einen pragmatischen Ansatz: Kein Trinken und kein Rauchen auf den Tribünen. Für die Akteure auf dem Feld oder Eis und für alle Nichtraucher ist es nämlich auch sehr ärgerlich und störend, wenn auf den Tribünen geraucht wird.» Der Zuschauer entscheidet selbst: Wer unbedingt rauchen oder trinken

wolle, müsste dies hinter den Tribünen tun und verpasse dann halt einen Teil des Matchs.

Auch Helbling räumt ein, dass «Alkohol sicher einen Einfluss auf die Gewalt rund um Sportveranstaltungen hat». Das Hauptproblem sind für ihn «die teils sehr jungen Zuschauer, die – enthemmt durch Alkohol und weiche Drogen – feige aus der Anonymität der Masse heraus Gewalt gegen Menschen oder gegen Sachen verüben, sich nicht an die Stadionordnung halten, verbotenes Feuerwerk loslassen usw.» Helbling wundert sich über die Masse der Fans, welche die Missetäter in der Menge untertauchen lassen, anstatt sie zur Räson zu bringen. Thomas Helbling: «In solchen Augenblicken fällt der Goodwill, den die wahren Fans mit farbenfrohen Choreographien oder originellen Aktionen beim Grossteil des Publikums schaffen, innert Sekunden wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Es ist kaum zu glauben, dass sich diese Fans ihre Party ständig durch ein paar Unverbesserliche verderben lassen.»

Helbling erinnert daran, dass die Vereine verschiedene Massnahmen ergreifen können, um das Problem in den Griff zu bekommen – Alkoholverbote bei Risikospiele oder den Ausschank von Bier mit geringerem Alkoholgehalt oder alkoholfreies Bier.

Es versteht sich von selber, dass Sportvereine, die sich auf der einen Seite von der Alkoholindustrie sponsern lassen, in einen Erklärungsnotstand geraten, wenn sie auf der anderen Seite im Stadion Alkoholverbote verhängen.

Alkoholsponsoring im Sport?

«Bei Grossanlässen treten Alkoholproduzenten häufig als überaus präsente Sponsoren auf», schreibt Anton Lehmann im Merkblatt «Alkohol und Sport», das der Dachverband Swiss Olympic zusammen mit dem BASPO herausgegeben hat. «Das manchmal gleichzeitige Engagement der Sportorganisationen gegen

Drogen kann widersprüchlich und unglaublich, wenn nicht sogar scheinheilig wirken!»

Entweder Sponsoring oder Bundesgelder

Sportvereine, -verbände und -veranstaltungen, die sich mittels Alkoholwerbung finanzieren, sollen vom Bund künftig keine Subventionen mehr erhalten. Das verlangt der Berner SP-Nationalrat Peter Vollmer in einer im Juni 2005 eingereichten Motion, die auch von 19 weiteren Parlamentariern unterzeichnet wurde, darunter auch zwei Vertreter von bürgerlichen Parteien. Alkoholwerbung widerspreche der Präventionspolitik des Bundes, begründet Vollmer seinen Vorstoss: Wirbt ein einzelner Verein für Alkohol, sollen auch seinem Verband die Subventionen gestrichen werden. Auch die Fussball-Europameisterschaft 2008 in Österreich und der Schweiz ist im Visier: «Die EM muss ohne Alkoholwerbung stattfinden», sagt Vollmer. Der Grossanlass von nationaler Bedeutung wird vom Bund Geld und Sachleistungen von über 30 Millionen beziehen. Vereine und Verbände erhalten jährlich gegen 5 Millionen Franken, in den Bau von Sportstadien fliessen dieses Jahr Zuschüsse von 15 Millionen. Für Vollmer ist deshalb klar: «Wenn die Motion Erfolg hat, verschwindet die Alkoholwerbung aus dem Sport.» Für Vollmer ist der Alkoholkonsum einer der Hauptgründe für Ausschreitungen und Hooliganismus: «Das darf der Bund nicht unterstützen.»

Feuchtfröhliche Siegesfeiern

Ein Dorn im Auge sind Anton Lehmann vom BASPO auch die immergleichen Bier- und Champagnerduschen mit anschliessendem Saufgelage, die anlässlich von Cup- und Meisterfeiern live in die Stuben flimmern und denen niemand mehr ausweichen kann – «dies sind absolut falsche Signale, weil viele denken: das muss wohl so sein». Die Rolle des

Fernsehens sei hier eine unrühmliche – es zeige den alkoholschwangeren Siegestaumel und mache ihn so für die grosse Masse zum «normalen» Verhalten. Lehmann: «Sportliche Siegesfeiern brauchen dringend neue Rituale.»

Der Gewalt vorbeugen

Die Vernehmlassung für das so genannte neue «Anti-Hooligan-Gesetz» wurde kürzlich abgeschlossen (s. Kasten S. 3,) Bei all den Sicherheits- und Repressionsargumenten kommt für Lehmann eines zu kurz: die Fanarbeit und damit auch die Prävention. «Es wäre wichtig, ein Umfeld zu schaffen, wo die Fans auch auf ihre Rechnung kommen. Nicht jeder Fan ist ein potenzieller Hooligan. Man darf sie nicht nur als Sicherheitsrisiko sehen, sondern als Gäste mit ihren eigenen Wünschen und Bedürfnissen.» Für Fanarbeiter David Zimmermann sind die vorgeesehenen Repressionsmassnahmen «Symptombekämpfung». Er plädiert ebenfalls dafür, präventiv zu wirken, Mittel und Möglichkeiten für die vorbeugende Fanarbeit bereitzustellen. Zimmermann bedauert das Ungleichgewicht zwischen Repression und Prävention: «Ein Risikomatch bringt bei der Zürcher Polizei Mehrkosten von rund 50'000 Franken – ein halbes Jahresbudget unseres Fanprojekts.»

Die Arbeit mit Fans wird langfristig eine Beruhigung und eine Verhaltensänderung herbeiführen. Wesentlich schneller umzusetzen wären jedoch Massnahmen, welche das Umfeld von sportlichen Grossveranstaltungen direkt beeinflussen: Die Verfügbarkeit des Alkohols bei Sportveranstaltungen (und in deren Umfeld) müsste eingeschränkt werden, Kontrollen müssten die Identifizierung und den Ausschluss von betrunkenen Stadionbesuchern ermöglichen. Dies sind Massnahmen, die im Europäischen Übereinkommen aufgeführt sind.

Thomas Helbling findet, dass bei der SFL nach langen Jahren des Nichtstuns in der Prävention einiges am Laufen sei. Die grossen Klubs

Forum

Wieviel Sicherheit braucht der Mensch?



Sicherheit ist für den Menschen ein archaisches Bedürfnis. Sicherheit garantiert das Überleben des verletzlichen Individuums in widriger Umgebung. Die Definition von Sicherheit ist weder eine konstante Grösse, noch ist sie für alle Menschen gleich. Das gesellschaftliche Umfeld, aber auch die persönlichen Erlebnisse bestimmen das Gefühl von Sicherheit. Körperliche Unversehrtheit hat dabei einen ebenso hohen Stellenwert, wie das Bedürfnis nach psychischer Geborgenheit. Diesen elementaren Bedürfnissen entgegen steht das Risiko. Im Abwagen von Risiko und Sicherheit definiert sich Gefahr. Dieses Abwagen von Risiko und Sicherheit hat eine gesellschaftliche

und eine individuelle Dimension. In der Regel sind Männer risikofreudiger als Frauen und junge Menschen risikofreudiger als ältere Menschen.

Risiko ist nicht gleich Risiko.

Wir kennen das Wagnis, die Tollkühnheit, die Glückssache, das Spiel mit dem Feuer, aber auch den Wagemut. In der Politik geht es nicht selten darum, dass die Gesellschaft dem Individuum ein Risiko auferlegt. Untersuchungen zeigen, dass eine aufgezwungene Gefährdung viel negativer empfunden wird, auch wenn sie nachweislich der Gemeinschaft nützt, als das freiwillig eingegangene Risiko. Weil der individuelle Risikomassstab stark von Lust, Abenteuer und Gewinnstreben bestimmt wird, darf das freiwillige Risiko 10 bis 100 mal höher sein als das von einer Instanz angeordnete.

Anerkennen und Verdrängen

Die Risiko-Wahrnehmung hat viel mit einer nüchternen Anerkennung eines Gefahrenpotenzials oder aber dem Verdrängen einer potenziellen Katastrophe zu tun. Das zeigt sich manchmal in den Diskussionen um die Zukunft der Atomkraft oder um den

Terror. Es drohen heute so unerträgliche Katastrophen, dass vielen eine Verharmlosung leichter fällt, als die Anerkennung des realen Gefahrenpotenzials.

Sicherheitsbedürfnis im Alltag – Risiko in der Freiheit

Regierung und Parlament sind mit Erfolg bestrebt, das gemeinschaftliche Zusammenleben im Alltag bestmöglich abzusichern. Bürgerinnen und Bürger wollen am Arbeitsplatz keine Gesundheitsschäden riskieren, sie wollen einen geordneten Verkehr, sie verlangen gesunde Lebensmittel. Sie wollen in der Dunkelheit unbeschadet nach Hause kommen und erwarten rund um die Uhr gut funktionierende Spitäler. In krassem Gegensatz zur verlangten Sicherheit im Werk-Alltag hat in den letzten Jahren die abenteuerliche Freizeitgestaltung immer mehr eingerissen. In den Ferien werden amouröse Affären ohne Präservativ gelebt. Auf Skipisten wird gerast und neben den Pisten in Lawinenhängen geboardet, an Gummiseilen wird von Brücken gesprungen, man seilt sich in Wildbäche ab, klettert ohne Hilfsmittel an überhängenden Felsen,

wagt bei drohenden Gewittern den Gleitschirmflug – von der Auto-Spritztour mit übersetzter Geschwindigkeit gar nicht zu sprechen. Gemeinsam mit vielen Freizeit-Abenteurern neben der Selbstüberschätzung, dass sie die Gefahren, denen sie sich aussetzen, kaum kennen. Die Risikobeurteilung ist jenseits ihres Erfahrungshorizontes. Erschwerend kommt dazu, dass tödliche Stunts in vielen Video-Clips und Filmen harmlos daher kommen.

Der Trend zur gefährlichen Freizeit ist mit Verboten nicht zu bewältigen. Aufklärung ist das richtige Mittel: Aufklärung durch Infokampagnen, Aufklärung aber auch vor Ort durch die Freizeitanbieter. Diese sind in die Pflicht zu nehmen, ihre Kunden wahrheitsgetreu über mögliche Gefahren und Risiken aufzuklären. Diese Aufklärung zu verlangen, zu regeln und auch zu kontrollieren wäre aus meiner Sicht Aufgabe der Behörden.

Dr. med. Paul Günter,
Nationalrat SP, Bern
Chefarzt am Spital Interlaken

würden bereits präventive Fanarbeit leisten und jetzt seien auch alle Verpflichtet worden, Fanverantwortliche zu stellen. «Die Eishockeyklubs der höchsten Spielklasse haben bereits seit zwei Jahren Fanverantwortliche, im Fussball wird jetzt gleich gezogen». Vor wenigen Wochen hat die Ausbildung der Fanverantwortlichen der Fussballklubs begonnen, notabene unter Leitung von David Zimmermann. Helbling: «Allerdings darf man eines nicht erwarten: Dass wir die im Elternhaus oder in der Schule versäumte Erziehung auf dem Sportplatz nachholen können.»

Alkohol im Breitensport

Alkohol ist nicht nur im Spitzensport, sondern auch im Breitensport ein nicht unbedeutendes Problem: Anton Lehmann vom BASPO kennt sowohl die legendäre «Dritte Halbzeit» – wenn nach dem Training oder nach dem Spiel gehörig gebechert wird – wie auch die regelmässigen Besäufnisse in Fanclubs. «Leider erfolgt dort für viele junge Leute der Einstieg in den Alkoholkonsum, der beim einen oder anderen im Endeffekt zu realer Abhängigkeit, sprich Suchtverhalten, führen kann.»

Kontakt: Anne Lévy, Leiterin Sektion Alkohol, BAG, 3003 Bern, Tel. 031 325 12 66, anne.levy@bag.admin.ch www.fairplay.ch, www.coolandclean.ch

Hooliganismus stärker bekämpfen

Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen soll in der Schweiz wirkungsvoller bekämpft werden. Der Bundesrat hat im März 2005 einen entsprechenden Gesetzesentwurf in die Vernehmlassung geschickt.

Im Zentrum des Revisionsprojekts «Bundesgesetz über Massnahmen gegen Gewaltpropaganda und Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen» steht die Schaffung einer Rechtsgrundlage für den nationalen und internationalen Austausch von Informationen über Gewalttäter bei Sportveranstaltungen. Diese so genannte «Hooligan-Datenbank» wird insbesondere von Kantonen und Sportverbänden gefordert. Im Hinblick auf die Fussball-Europameisterschaft 2008 sollen im Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) zudem weitere ergänzende Massnahmen verankert werden, die der Bekämpfung der Gewalt bei Sportveranstaltungen dienen. Es geht dabei um vier Massnahmen, für die eine gesetzliche Grundlage zu schaffen ist:

- eine Meldeauflage für potenziell gewalttätige Hooligans
- ein Rayonverbot
- ein Ausreiseverbot
- einen präventiven, befristeten Polizeigewahrsam

Diese Massnahmen sollen im Sinne einer Kaskade angewendet werden: Erst wenn die mildere Massnahme keine Wirkung zeigt, kann die nächst schärfere getroffen werden.

Die Massnahme der Meldeauflage würde es ermöglichen, einen Hooligan zu verpflichten, sich während einer Sportveranstaltung auf einer Polizeistelle zu melden. Damit würde seine Teilnahme an der Veranstaltung verhindert. Mit einem Rayonverbot könnte Personen der Zugang zu einem bestimmten, eng umschriebenen Gebiet rund um ein Stadion untersagt werden. Das Ausreiseverbot soll verhindern, dass Personen, die in der Schweiz wegen früherer Gewalttätigkeiten mit einem Stadionverbot belegt sind, an entsprechende Veranstaltungen im Ausland ausweichen. Bei konkreten Hinweisen auf bevorstehende Gewaltaktionen sollen Hooligans schliesslich für kurze Dauer von der Polizei in Gewahrsam genommen werden können.

Aus erster Hand



Drei Arbeiter haben kürzlich die kranke Linde im Nachbargarten gefällt. Letzte Woche rollte zuerst ein Ball aus der Garageneinfahrt auf das Trottoir und hinterher rannte ein Kind. Und die Wirtin der neuen Quartierbeiz hat sich für ein rauchfreies Lokal entschieden. Risikosituationen aus dem Alltag. Risikosituationen mit sofortigen Folgen, wenn der Arbeiter vom Baum fällt oder das Kind vor ein Auto rennt. Mit möglichen Spätfolgen, wenn die Wirtin bei der Arbeit über lange Zeit Passivrauch ausgesetzt ist. Risikosituationen, die nicht nur Folgen für die Gesundheit, sondern auch für den wirtschaftlichen Erfolg haben können. Die Männer, das Kind und die Wirtin nehmen ihre Risiken ganz unterschiedlich wahr und schätzen die möglichen Folgen ihres Tuns aufgrund anderer Kriterien ein. Es gibt Risiken, die wir hinnehmen und andere, die wir absolut vermeiden wollen. Gewisse Risiken gehen wir zwar ein, wollen aber sicher keinen Schaden erleiden.

Zu welcher Kategorie ein Risiko gehört, kann vom Alter, vom sozialen Umfeld, vom eigenen Wissen, von Werbung oder gesetzlichen Bestimmungen, aber auch von der Tageslaune abhängen.

Der Arbeiter muss wissen, wie die Linde sachgemäß zu fällen ist. Gleichzeitig muss er sich auf einen verantwortungsvollen Arbeitgeber verlassen können, der gewisse Standards zur Arbeitssicherheit einhält. Das Kind kann man ermahnen, aber es wird wohl in gewissen Situationen nichts als den Ball im Kopf haben. Es ist auf die Einhaltung von Tempolimiten und kundige Fahrzeuglenker angewiesen. Doch nicht jeder Unfall ist zu verhindern. Die Wirtin versucht, die Reaktionen ihrer Gäste und die möglichen wirtschaftlichen Folgen für ihr Geschäft einzuschätzen. Zur Risikobegrenzung oder -vermeidung gehören Wissen und Erfahrung, aber auch gesetzliche Rahmenbedingungen. Alles ganz einfach? Nein. Das Wechselspiel zwischen individueller Freiheit, Eigenverantwortung und staatlichen Bestimmungen ist komplex. Oft stehen sich gesundheitliche und wirtschaftliche Interessen gegenüber. Die Grenze zwischen bewusster Irreführung und unterschiedlicher Risikoeinschätzung durch verschiedene Interessengruppen ist nicht immer einfach zu ziehen.

Das Bundesamt für Gesundheit steht mitten drin in diesem Spannungsfeld. Zusammen mit unseren Partnern arbeiten wir daran, die Interessen der Öffentlichen Gesundheit zu wahren, Eigenverantwortung zu fördern und transparente Rahmenbedingungen zu schaffen.

P.S.: Die Männer, das Kind und die Wirtin sind alle wohl auf, die Linde ist gebodigt, der Ball wieder im Spiel und die Quartierbeiz ein Erfolg.

Erfolgreiche Hilfe zur Selbsthilfe wird weitergeführt

SUPPORT – Gesundheitsförderung für MigrantInnen. Das 2003 gestartete Programm SUPPORT ist erfolgreich: die gesteckten Ziele wurden sogar übertroffen. Bis Ende 2004 wurden mehr als 30 Projekte unterstützt. Nun wird SUPPORT verlängert. Gesundheitsförderungsprojekte für die Migrationsbevölkerung werden bis Ende 2007 mit fachlicher Beratung und finanziellen Mitteln unterstützt.

Migrantinnen und Migranten sind in gesundheitlicher Hinsicht im Vergleich zur Schweizer Bevölkerung oft schlechter gestellt. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat deshalb in Zusammenarbeit mit Gesundheitsförderung Schweiz das Pilotprojekt SUPPORT lanciert, um die Migrationsbevölkerung – im Sinne des Empowerments – bei der Umsetzung von eigenen Gesundheitsprojekten zu unterstützen.

Gesundheitliche Chancengleichheit

Die vom BAG erarbeitete Strategie «Migration und Gesundheit 2002-2006» sieht nebst anderen Massnahmen auch eine verstärkte Unterstützung bei Projekten der Prävention und der Gesundheitsförderung vor, die von Migrantinnen und Migranten selber umgesetzt werden. Die aktive Mitarbeit soll gewährleisten, dass die Angebote den Bedürfnissen der Migrationsbevölkerung entsprechen. Ziel ist die Hilfe zur Selbsthilfe und damit auch die Übernahme von Selbstverantwortung. Finanziert wird das Projekt durch Gelder des BAG, von Gesundheitsförderung Schweiz und, in der ersten Projektphase, der Bertelsmann-Stiftung. Letztere übergab der damaligen Bundesrätin Ruth Dreifuss für ihre Verdienste im Gesundheitswesen ein Preisgeld von 130'000 Franken, das sie für eine verbesserte gesundheitliche Chancengleichheit der Migrationsbevölkerung einzusetzen beschloss.

Fachliche und finanzielle Unterstützung

Die Gesundheitsstiftung Radix wurde vom BAG und Gesundheitsförderung Schweiz mit der Umsetzung von SUPPORT beauftragt. Seit 2004 vermittelt Radix auf Anfrage Fachleute aus dem so genannten Fachpool, die interessierte Migrantinnen und Migranten aus der ganzen Schweiz bei der Umsetzung von Gesundheitsprojekten beraten. Gleichzeitig verfügt Radix über einen Fonds, aus dem solche Kleinprojekte mit einem Beitrag von maximal 10'000 Franken auch finanziell unterstützt werden können.

Aufgrund der positiven Erfahrungen der ersten beiden Jahre haben das BAG und Gesundheitsförderung Schweiz sich entschieden, SUPPORT zu verlängern.

Ziele erreicht und übertroffen

Die Evaluation hat gezeigt, dass die Ziele sowohl quantitativ als auch qualitativ erreicht oder sogar übertroffen werden konnten. 30 Projekte wurden finanziell unterstützt, 34 profitierten von fachlicher Beratung, wobei einige Projekte sowohl Geld wie Beratung erhielten. Auch qualitativ wurde das Ziel erreicht: gemäss der Zwischenevaluation sind 100% der Projektleitenden mit der finanziellen Unterstützung und 89% mit der fachlichen Beratung zufrieden.

Es werden Projekte verwirklicht, die aus den Bedürfnissen der Migrationsbevölkerung entstanden sind und von

Migrantinnen und Migranten durchgeführt werden. Besonders beachtet wird, dass die Projekte auf Chancengleichheit, Ressourcenstärkung und Empowerment ausgerichtet sind. Die Vielfalt der Projekte ist gross: Unterstützt wurden bisher beispielsweise ein Projekt zu Sucht und Drogen für Kurdiinnen und Kurden in Solothurn, ein Ernährungsprojekt für BrasilianerInnen in Zürich, ein Animationstheater zur HIV-Prävention für AfrikanerInnen in der Zentralschweiz, Trommeln und Kochen für kriegstraumatisierte tamilische Kinder und Erwachsene in Zürich oder ein Tanzprojekt für «sans papier»-Migrantinnen in Lausanne.

Vernetzung dank Fachpool

Auch der nationale Fachpool arbeitet erfolgreich: 11 Fachorganisationen/Hilfswerke aus verschiedenen Bereichen sind im Fachpool vertreten. Der Fachpool besteht aus ExpertInnen der Gesundheitsförderung und der Migration mit eigenem Migrationshintergrund. Bei Bedarf initiieren und begleiten die FachexpertInnen die Migrantinnen und Migranten bei der Entwicklung und Umsetzung der Projekte. In der kompetenten Begleitung von Präventions- und Gesundheitsförderungsprojekten wird im Fachpool Know-How entwickelt und transferiert und werden Synergien geschaffen.

Kontakt: Brigit Zuppinger, Sektion Chancengleichheit und Gesundheit BAG, 3003 Bern, Tel. 031 325 30 66 brigit.zuppinger@bag.admin.ch

Flavia Schlegel
Vizedirektorin des Bundesamtes für Gesundheit

Selbsthilfe afrikanischer Frauen

Menschen mit HIV. Das Genfer Selbsthilfeprojekt HIV-positiver afrikanischer Frauen wurde ein Jahr lang von einer «Patin» begleitet, die ihre Erfahrungen nun in einem Bericht vorlegt.

Im Jahr 2002 haben sich in Genf unter dem Namen Association Solidarité des Femmes Africaines à Genève (ASFAG) Frauen aus afrikanischen Ländern zusammengetan, um sich nach der Entdeckung einer HIV-Infektion oder Aidserkrankung gegenseitig zu unterstützen. Es entstand eine Gruppe von rund 70 Frauen zwischen 20 und 55 Jahren. Sie ermuntern Betroffene, sich als HIV-positiv zu outen, begleiten und beraten sie bei diesem schwierigen Prozess. Als beispielhaftes Projekt wurde ASFAG vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) mit einer kleinen Finanzhilfe für seine Präventionsarbeit unterstützt.

Dass sich von HIV und Aids betroffene afrikanische Frauen zusammenschliessen, um sich gegenseitig zu unterstützen und um über HIV und Aids offen zu reden – das ist für die Community der Sub-Sahara-AfrikanerInnen in der Schweiz nicht nur ein Novum, sondern auch eine dringend notwendige Entwicklung. Nach wie vor sind die starke Tabuisierung der Aidsthematik und die Stigmatisierung von betroffenen Menschen die grössten Hürden der HIV/Aids-Prävention bei MigrantInnen aus Ländern der Sub-Sahara. Umso entscheidender ist es, dass betroffene Frauen das Schweigen brechen, sich dem Thema annehmen und im Engagement gegen die Übertragung von HIV und für die Solidarität unter Betroffenen eine aktive Rolle übernehmen.

Von den Frauen in Genf lernen

Für das BAG stellte sich die Frage, was für ähnliche Projekte und für Menschen, die in der Arbeit mit MigrantInnen mit HIV/Aids tätig sind, von diesen Genfer Frauen gelernt werden kann. Es beauftragte deshalb Mary Haour-Knipe als langjährige Kennerin der Thematik, die ASFAG als Patin über ein Jahr zu begleiten und die Prozesse dieser Selbsthilfegruppe in der Übergangsphase zwischen Konstituierung und Professionalisierung zu beobachten. Ihre Expertise zeigt, wie notwendig Betroffenenorganisationen wie die ASFAG sind, um zu einem soziokulturell adäquaten Umgang mit HIV und Aids und zur gegenseitigen Unterstützung und Solidarität zu befähigen, dem viel zitierten «Empowerment».

Die Autorin schildert, durch wie viele verschiedene Aspekte die Entstehung von Selbsthilfegruppen gefährdet sein kann und kommt zum Schluss, dass Selbsthilfe Mut und gegenseitiges Vertrauen braucht, Geduld und Zeit. Ihr Fazit: Selbsthilfe setzt nicht nur Kraft zur Hilfe frei, sondern ist auch eine Chance für Veränderung.

Der Bericht kann in Französisch und Englisch herunter geladen werden unter: www.bag.admin.ch (unter Themen, Aids)

Kontakt: Roger Staub, Leiter Sektion Aids, BAG, 3003 Bern, 031 323 87 29

«Die Suchtpolitik der Zukunft muss

Bericht psychoaktiv.ch. Wie soll die Schweizer Suchtpolitik der Zukunft aussehen? Der jüngst vorgestellte Bericht sogenannten Würfel. Beurteilt und verglichen werden sollen bei jeder psychoaktiven Substanz auch die Gefährlichkeit heute legalen wie Alkohol und Tabak. Im Gespräch mit «spectra» erläutert der Präventivmediziner François van der Linde

spectra: Die Hauptempfehlung des Berichts ist ein neues Modell der Schweizer Suchtpolitik. Hat das 4-Säulen-Modell der Schweizer Drogenpolitik ausgedient?

François van der Linde: Im Gegenteil, wir bauen auf das bestehende 4-Säulen-Modell auf. Unsere neue Gesamtschau der Situation muss man sehen vor dem Hintergrund der festgefahrenen Situation nach der gescheiterten Revision des Betäubungsmittelgesetzes (BetMG). Es ist gut, nun einen Schritt zurück zu machen und aus einer gewissen Distanz das Ganze zu betrachten. Bald erkennt man, dass man sehr schön auf dem 4-Säulen-Modell aufbauen kann, das bereits heute in der Praxis wesentlich differenzierter ausgestaltet ist. Wir ergänzen dieses Modell um eine Dimension und beziehen die Art des Konsums und die Gefährlichkeit des konsumierten Stoffes mit ein. Dies wird heute teilweise bereits gemacht, aber eher unsystematisch. Das Modell, das wir vorstellen, ermöglicht ein systematisches Nachdenken über das Ganze.

Haben Sie den Eindruck, dass ein komplexeres Modell besser ankommt als das relativ einfache 4-Säulen-Modell?

Auf den ersten Blick wohl nicht. Wenn man sich aber etwas damit auseinandersetzt, ist es gar nicht so komplex. Nimmt man beispielsweise eine der 4 Säulen, sagen wir mal die Therapie, dann ist es klar, dass man Therapie für die verschiedenen Substanzen differenziert betrachten muss: Was heisst Therapie im Falle von Tabak, von Alkohol, Ecstasy, Cannabis, Heroin usw. Ebenfalls einleuchtend ist, dass man dabei je nach Art des Konsums unterscheidet: Bei einem risikoarmen Konsum kommt also die Therapie-Säule gar nicht zum Tragen, hingegen muss man sich überlegen, welche Therapie für welche Substanz bei einem Risikokonsum und bei Abhängigkeit angebracht ist. Das von uns vorgeschlagene Modell sieht aus wie ein dreidimensionaler Würfel, zusammengesetzt aus lauter kleinen Kästchen. Bei jedem einzelnen kann man sich die entsprechenden Einzelfragen stellen: zum Beispiel, was heisst «Prävention» bei einem «Risikokonsum» der Substanz «Kokain» oder was heisst «Schadensminderung» bei einer «Abhängigkeit» von «Alkohol».

Das grundsätzlich Neue an unserem Modell ist, dass wir auch die legalen Suchtmittel – Alkohol, Tabak und Medikamente mit zentralnervöser Wirkung – in das Modell integriert haben. Ganz sicher wird dies Widerstände hervorrufen. Bei einer unvoreingenommenen und globalen Betrachtung erkennt man aber, dass diese Substanzen in das Modell hineingehören. Es gibt eine Reihe von Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede. Man kann den Tabak sicher nicht in jeder Hinsicht vergleichen mit Alkohol oder mit Ecstasy. Gemeinsam haben alle diese Produkte, dass sie auf das zentrale Nervensystem einwirken. Dabei erzeugen sie – primär gesehen – eine vom Konsu-

menten erwünschte Wirkung. Wenn jemand bei der Nacharbeit raucht, weil ihn die Zigarette wach hält, ist dies ebenso eine gewünschte Wirkung wie die eines Glases Alkohol, das die Diskussion in der Runde etwas anregender macht. Etwas anderes sind dann natürlich die vom Konsumenten nicht gewünschten Wirkungen. Auch diese treten in verschiedener Weise bei allen Substanzen auf. Ich erinneere mich an die Zeit, als ich selber geruht habe: Es gab Phasen, da musste ich rauchen, auch wenn mir davon halb schlecht wurde, ganz ähnliche Effekte kennen wir vom Alkohol und von den Drogen.



François van der Linde

Ihr Modell erinnert an Rubiks «Magic Cube», den «Wunderwürfel» aus den 70er Jahren, ist es ein Wundermodell, um die Suchtprobleme zu lösen?

Rubiks Würfel muss man ja so lange drehen, bis die eine, «richtige» Lösung sichtbar wird. Unser Vorschlag ist ein Denkmodell, und es gibt nicht nur eine einzige richtige Lösung. Er versteht sich als Unterstützung beim Nachdenken über die Drogenproblematik – man kann sich jedes einzelne Kästchen vornehmen um zu prüfen, was vonnöten und was bereits vorhanden ist. Man kann sich dabei durchaus verschiedene richtige Lösungen vorstellen.

Welche der zehn Empfehlungen in Ihrem Bericht sind die wichtigsten?

Eine davon ist sicher die Forderung, dass der Bund ein Leitbild Sucht erarbeitet. Die Gesamtbetrachtung muss zunächst in Form eines Leitbildes erfolgen, weil für eine Gesetzgebung zu viele Detailaspekte mit einbezogen werden müssten. Aufgrund des Leitbildes kann dann geprüft werden, welcher Bedarf an Gesetzgebung und an Regulierung für eine mittelfristige Zukunft besteht.

Eine weitere Hauptempfehlung ist eine kohärente Suchtpolitik. Eine solche, in sich stimmende Suchtpolitik vermissen wir heute. Die heutige Politik kennt ein paar stossende Inkonsistenzen, etwa dass der Alkoholkonsum grundsätzlich erlaubt ist, der Cannabiskonsum dagegen strafrechtlich verfolgt wird. Dies ist nur ein Beispiel, das zeigt, dass der Umgang mit legalen Suchtmitteln ganz anders gehandhabt wird als derjenige mit illegalen Substanzen. Für viele, gerade jüngere Menschen, ist eine solche Politik deshalb unglaublich.

Den Begriff Schadensminderung erweitern wir – das mag für manche

ein neuer Gedanke sein – auch auf die Gesellschaft: diese soll vor negativen Auswirkungen, wie etwa übermässiger Drogen- oder Alkoholkonsum mit sich bringen können, geschützt werden.

Sicher viel zu reden geben und nicht kurzfristig realisierbar ist die Empfehlung, vom Bestrafungsmodell des Konsums wegzukommen zu Gunsten eines Regulierungsmodells für die verschiedenen Suchtmittel. Ein Regulierungsmodell, welches aufgrund der Gefährlichkeit und der gesellschaftlichen Bedeutung einer Substanz ihre Erhältlichkeit definiert: von freiem Zugang über eingeschränkte Erhältlichkeit bis zum Verbot. Die Erhältlichkeit kann zudem auch nach Alter abgestuft werden, wie wir dies heute bereits beim Alkohol kennen. Es ist durchaus vorstellbar, dass eine Substanz wie Heroin auch bei einem solchen Regulierungsmodell weiterhin eine verbotene Substanz bleibt und nicht in den Handel gelangt – aber der Konsum dieser Substanz würde nicht mehr strafrechtlich verfolgt. Natürlich müssen auch Sanktionen definiert werden für Verstöße beispielsweise bei der Herstellung und dem Handel.

Man darf nicht den Fehler machen, ein Regulierungsmodell mit einem freizügigen Umgang mit Betäubungsmitteln gleichzusetzen. Es sind auch Regulierungsmodelle vorstellbar, die strenger sind als unsere heutige Situation.

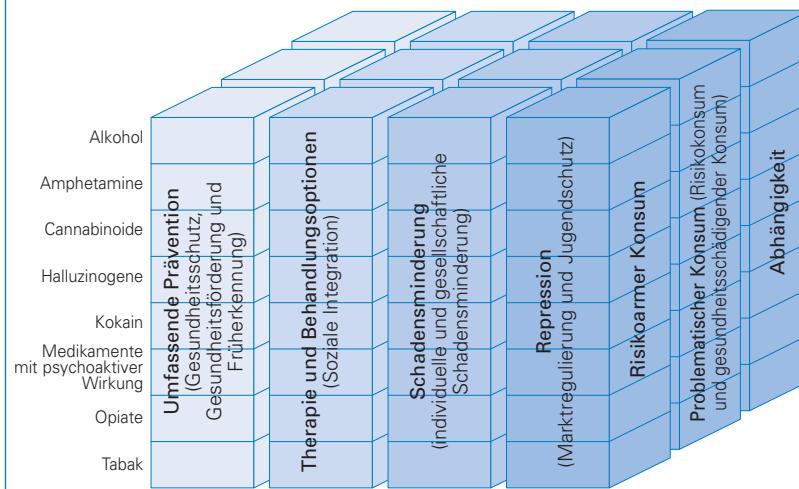
Wer ist Ihr Auftraggeber für diesen Bericht?

Wir sind eine beratende Kommission des Gesamtbundesrates und auch vom Bundesrat gewählt. Also bekommen wir Aufträge vom Bundesrat, vom zuständigen Departement oder vom Bundesamt für Gesundheit. Der Bericht «psychoaktiv.ch» war kein Auftrag von aussen,

Genuss und Risiko gegeneinander abwägen»

der Eidgenössischen Kommission für Drogenfragen (EKDF) erweitert das heutige 4-Säulen-Modell um eine weitere Dimension zu einem dreidimensionalen Modell. Der Bericht unterscheidet zwischen der Drogenart und die Konsumform. Und der Bericht fordert die Ausweitung der Drogenpolitik auf eine umfassende Politik der psychoaktiven Substanzen, auch der Drogen. Dr. Peter Linde, langjähriger Präsident der EKDF, die wichtigsten Grundzüge des Werkes und skizziert Wege zu einer schweizerischen Suchtpolitik der Zukunft.

Das neue Modell der Suchtpolitik



Das neue Modell bezieht sämtliche psychoaktiven Substanzen ein, also auch die legalen wie Alkohol, Tabak und Medikamente. Dank einer Verfeinerung erlaubt das neue Modell unter anderem die Überprüfung der suchtpolitischen Massnahmen. Als Lesebeispiel: Die Einordnung bisheriger therapeutischer Massnahmen zeigt, ob und wo Massnahmen sachwidrig fehlen, nicht angemessen ausgestaltet oder überschiessend sind. So existieren beispielsweise spezielle Therapien für die zumeist jugendlichen Personen mit problematischem Konsum von Cannabis oder Ecstasy erst in Ansätzen.

wir haben uns selber entschieden, ihn zu erarbeiten. Zum Zielpublikum gehören vor allem Politiker, und weitere Menschen, die dazu beitragen, dass Bewegung in die Suchtmitteldiskussion kommt. Was der Bericht nicht sein kann und nicht sein will, ist eine Gebrauchsanweisung, wie wir mit dem zurzeit ungelösten Cannabisproblem fertig werden können. Der Bericht sagt auch nicht was – im moralischen Sinn – gut und was schlecht ist. In konservativem Kreisen wird der Konsum von Drogen oft gleichgesetzt mit etwas Verwerflichem. Diese Grundhaltung, die etwa die nordamerikanische Politik stark vertritt, wollen wir mit dem Bericht nicht zum Ausdruck bringen, wir äussern uns überhaupt nicht zum moralischen Aspekt. Der Bericht stützt sich auf ein liberales Weltbild, das davon ausgeht, dass der erwachsene Mensch grundsätzlich weiss, was er tut und dafür geradestehlt, bis zum Punkt, wo er andere belästigt oder schädigt.

Wo setzen Sie die Grenze zwischen dem, was der Einzelne verantworten soll und wo muss man ihm die Entscheidung abnehmen, welche Risiken er eingehen darf.

Welche Risiken er eingehen darf. Die Grenze ist fliessend. Wer abhängig ist, kann nicht mehr selber entscheiden. Nehmen wir zum Beispiel die Risiken des Bungeejumping, die ja nicht gerade klein sind. Rechtfertigen diese Risiken, dass man Bungeejumping verbietet? Das ist eine Ermessensfrage, die je nach Zeitgeist auch unterschiedlich beantwortet wird. Wichtig ist eine klare und umfassende Information über die Risiken, welche jede und jeder gegenüber den positiven Seiten – der Konsum von psychoaktiven Substanzen hat auch immer eine positive Seite – abwägen muss.

Auch die Schädigung von Drittpersonen stellt eine Grenze dar. Und wenn jemand aufgrund seines Substanzkonsums seine Gesundheit dermassen schädigt, dass er das Gesundheitssystem übermäßig beansprucht, muss die Frage erlaubt sein, ob dies nicht auch eine solche Grenze darstellt.

Zur Regulierung des Marktes von psychoaktiven Substanzen gehört ja auch, dass der Staat Steuern und Abgaben erhebt, um den Markt zu steuern.

Wichtig ist hier sicher, dass man sich zum Vornherein klar wird, welchen Zweck eine Steuer haben soll. Will man bezeichnen, dass möglichst wenig konsumiert wird – also eine präventive Steuer – oder will man die Bundeskasse mit der Steuer füllen, auch dies ein legitimes Anliegen. In einem Modell, wie wir es vorschlagen, wäre zum Beispiel ein Cannabis-Konsum sicher mit Steuern belegt.

Welcher Unterschied besteht zwischen Jugendlichen, die kiffen und solchen, die sich betrinken

Der Unterschied ist gar nicht so gross. Beides kann relativ harmlos sein, und hinter beidem kann ein Problem stecken, das sich im übermässigen Konsum äussert. In beiden Fällen geht es meistens um den Genuss. Manchmal geht es aber auch um eine Art Selbstmedikation. Der Rausch wirkt – zumindest kurzfristig – als Problemlöser. Worin besteht denn grundsätzlich der Unterschied zwischen einer Gruppe Jugendlicher, die an einer Party zusammen kiffen und einer Gruppe Erwachsener, die in gemütlicher Runde Wein trinken? Bei beiden kann es passieren, dass man mal ein bisschen zuviel nimmt. Denkt man in dieser Situation an die möglichen Folgen eines Alkoholrausches, dann müsste man sich da ganz

nebenbei ernsthaft fragen, ob manchmal Cannabis nicht das Harmlosere von beidem wäre.

Stichwort Genuss: Muss der Genuss in unserer Gesellschaft neu definiert werden? Während hierzulande Alkohol und oft auch Tabak als «Genussmittel» bezeichnet werden (vor allem von den mächtigen Industrien, die sie vermarkten), sind illegale Drogen logischerweise «Sucht»-Mittel. Was sagt Ihr Bericht über «Genuss»?

Der Genuss ist etwas sehr Subjektives. Wir gehen im Bericht nicht weiter darauf ein, als dass man sich im Klaren sein müsse, dass Genuss eine wichtige Komponente ist und man nicht immer nur über Risiken diskutieren kann. Eine Politik kann nur in Abwägung von Genuss und

hal in Abwägung von Genuss und Risiko funktionieren. Nach unserer Haltung beginnt die Problematik des Genusses dort, wo andere belästigt oder gefährdet werden. Bekannte Beispiele sind da Alkohol am Steuer oder Alkohol in der Schwangerschaft. Man kann auch Situationen definieren, wo ein Konsum nicht erwünscht ist: So könnte man durchaus sagen, wir wollen keinen Cannabiskonsum an gewissen öffentlichen Orten. Der Genuss muss dann aufhören, wo es für die anderen kein Genuss ist. Nicht nur die Schädlichkeit einer Substanz, sondern auch die Belästigung anderer Menschen muss in Betracht gezogen werden. Was jemand bei sich zu Hause macht, ist ein anderes Thema.

Eine Ihrer Empfehlung zielt darauf, möglichst viele Einzelfragen betreffend den Umgang mit psychoaktiven Substanzen auf Verordnungsebene zu regeln, nicht auf Gesetzesebene.

Eine zukünftige Gesetzgebung sollte sich auf eine Rahmengesetzgebung konzentrieren und möglichst viele Details in Verordnungen regeln. Winschlagt dies vor aus der Überzeugung, dass dies die einzige Möglichkeit ist, flexibel zu reagieren. Auch in Zukunft wird der Konsum von psychoaktiven Substanzen Modeströmungen und Schwankungen unterworfen sein. Es ist auch denkbar, dass man neue biologisch-medizinische Erkenntnisse hinzugewinnt, die einen veränderten Umgang mit Drogen zur Folge haben.

Sie haben auch über den Zaun in Nachbars garten gegrast: es gibt ja auch Eidgenössische Kommissionen für Alkohol- und Tabakprobleme...

Ursprünglich war vorgesehen, sehr eng zusammen zu arbeiten. Wir haben Vertretungen dieser Kommissionen bereits für die Vorarbeiten mit einbezogen, zu den Hearings mit in- und ausländischen Expertinnen und Experten. Wir haben dann festgestellt, dass ein Bericht, der sämtliche Substanzen gleichberechtigt behandelt, einen vernünftigen Umfang sprengen würde. Es gibt eine grosse Zahl von Einzelfragen, die bei Alkohol anders sind als bei Tabak oder Heroin, deshalb haben wir beschlossen, den Schwerpunkt auf die heute ille-

galen Drogen zu setzen. Der Bericht wurde aber in verschiedenen Phasen mit Vertreterinnen und Vertretern der anderen beiden Kommissionen diskutiert, so dass man sagen kann, dass sie dem Bericht im Grundsatz positiv gegenüberstehen und sich auch einbringen konnten.

Wie weit steht die Fachwelt hinter dem Bericht?

Ich gehe davon aus, dass der Bericht in der Fachwelt auf fast ausschliessliche Zustimmung stossen wird. Die Meinungsunterschiede in der Fachwelt sind heute sehr klein, soweit frei von Ideologien beurteilt wird. So gab es beispielsweise in der Kommission nicht einmal einen Hauch von Röstigraben – Fachleute aus Deutsch- und Westschweiz sind sich in den wichtigen Fragen einig.

Der Bericht wird nicht auf fachliche Kritik stoßen, sondern auf weltanschauliche. So ein Modell passt nicht zu jeder Weltanschauung. Der Bericht ist bewusst nicht weltanschaulich ausgerichtet, da es in einem Land wie der Schweiz so viele unterschiedliche Meinungen gibt, dass man hier nie einen gemeinsamen Nenner finden wird. Also haben wir uns lieber darauf konzentriert, saubere fachliche Grundlagen für diese Multi-Optionsgesellschaft liefern. Auch wer in seinem persönlichen Weltbild keinen Platz für Drogen hat, muss einsehen, dass man in der Realität pragmatisch vorgehen muss. Kritik und Ablehnung erwarten wir hauptsächlich aus dieser Richtung, möglicherweise auch von jenseits der Grenzen und sicher von jenseits des Atlantiks...

Sie sagen, dass die schweizerische Gesetzgebung im Bereich der Betäubungsmittel bisher massgeblich von aussen mitgeprägt wurde, namentlich durch den US-amerikanischen Repressionsdruck. Kann Ihr Modell als echt schweizerisches oder sogar europäisches Modell sich von diesem Einfluss lösen?

Gerade aus weltanschaulichen Gründen kann man ein Modell, das für ein Land stimmt, nicht einfach auf ein anderes Land übertragen. Als viel zitiertes Beispiel hat man oft propagiert, die repressive schwedische Drogenpolitik auch auf unser Land zu übertragen. Eine Drogenpolitik, die durchaus Erfolge hat, die man aber vor dem Hintergrund der schwedischen Gesellschaft und eines Gesellschaftsverständnisses sehen muss, bei dem der Staat viel mehr ins Leben des einzelnen Bürgers eingreift. Unser Bericht wird in Ländern besser verstanden werden, die bereits eine breite Vielfalt von Meinungen haben. Mit dieser gesellschaftlichen Meinungsvielfalt sind wir in der Schweiz wahrscheinlich weit voraus. Darum löste und löst die Schweizer Drogenpolitik bis heute in Teilen Europas Kopfschütteln aus. Wir glauben aber, dass viele Länder sich in den letzten Jahren in eine ähnliche Richtung wie die Schweiz entwickelt haben. Auch ihre Drogenpolitik wird von diesen Entwicklungen wohl nicht ausgeklammert bleiben.



Präservative als Botschafter

LOVE LIFE – STOP AIDS. Ende Juni lancierte das Bundesamt für Gesundheit (BAG) zusammen mit seinen Partnern weitere Aktivitäten im Rahmen der neuen Kampagne LOVE LIFE STOP AIDS: einen TV- und einen Kinospot, die Zusammenarbeit mit der Migros beim Kondomverkauf sowie das sprechende Kondom Love Lips.

Nachdem die Plakatkampagne LOVE LIFE STOP AIDS die zwei wichtigsten Safer-Sex-Regeln schweizweit bekannt gemacht hat, sollen nun zusätzliche Aktivitäten die Wichtigkeit des Präservativgebrauchs beim Geschlechtsverkehr unterstreichen. In den nächsten Monaten präsentiert das BAG im Rahmen der Kampagne vier neue Plakatsujets. Für den Kinospot wurde eine Szene aus Monty Python's «The Meaning of Life» verwendet. Er zeigt etwas überspitzt, aber auf lustige Art, wie anziehend ein Mann auf Frauen wirken kann, wenn er sich als Kondomträger zu erkennen gibt. Der TV-Spot stellt hingegen die Frauen in den Vordergrund, die mitreden, wenn es um Safer-Sex geht.

Besonders erfreut ist das BAG über die Zusammenarbeit mit der Migros. In rund 320 Filialen sind M-Budget-Präservative mit dem ok-Gütesiegel und dem Logo LOVE LIFE STOP AIDS der neuen Kampagne erhältlich.

Erotische e-Mail-Botschaften

Die elektronischen Love Lips (Bild oben) verpassen dem Kondom auf humorvolle Art eine nötige Image-Korrektur: das Präservativ wandelt sich vom Lustkiller zum Lustobjekt. Die Öffnung des Kondoms ist zu einem Mund geworden, der einfache Sätze aussprechen kann. Mit einer erotischen Stimme gibt

das Kondom wieder, was der User in die Textzeile des Programms eintippt. Love Lips ist dreisprachig und vielseitig anwendbar. Das sprechende Kondom kann ab sofort unter www.lovelife.ch verschickt werden.

Online die richtige Grösse ermitteln

Der Verein Gütesiegel für Präservative hat eine Website (www.mysize.ch, Bild unten) entwickeln lassen, auf der «Mann» seine Masse eintragen kann und dann eine Auswahl passender Präservative (mit ok-Gütesiegel) erhält. Nebst der Beratung vermittelt die Site vertiefte Informationen über das Präservativ, seine richtige Anwendung und man kann sich sogar online passende Präservative bestellen.

Kontakt: Adrian Kammer
Sektion Kampagnen, BAG, 3003 Bern
Tel. 031 323 87 69
adrian.kammer@bag.admin.ch

www.lovelife.ch



infoMutterschaft – für alle Frauen in der Schweiz

Travail.Suisse informiert schwangere Frauen und stillende Mütter am Arbeitsplatz. Auf wie viel Urlaub und Lohnfortzahlung haben Sie Anspruch nach der Geburt? Darf Ihnen der Arbeitgeber während der Schwangerschaft kündigen? Welche Rechte haben Sie, wenn Sie nicht mehr den ganzen Tag stehende Arbeit verrichten können?

Die vom Bundesamt für Gesundheit unterstützte Kampagne «infoMutterschaft – für alle Frauen in der Schweiz» des Dachverbandes der Arbeitnehmenden Travail.Suisse gibt Auskunft in Form:

- einer Broschüre in den Sprachen albanisch, bosnisch, deutsch, englisch, französisch, italienisch, kroatisch, portugiesisch, serbisch, spanisch, tamil, türkisch (Preis CHF 3.–; bei grösseren Mengen Rabatt)
- von telefonischen Infolines für individuelle Auskünfte:
Deutsch dienstags 11.00 – 13.00 Uhr
Französisch dienstags 13.00 – 15.00 Uhr
Tel. 0900 55 55 61 CHF 3.–/Min.
- eines Expert/innen-Handbuchs zu Mutterschaft und Erwerbsarbeit (deutsch oder französisch; 173 S., CHF 52.90 + Versandkosten).

Bestelladresse: Travail.Suisse, Hopfenweg 21, Postfach 5775, 3001 Bern
Tel. 031 370 21 11, info@travailsuisse.ch, www.travailsuisse.ch

Sensibilisierung zeigt Wirkung

«Uns stinkts!» Die Kampagne «Rauchen schadet...» zeigt Wirkung: Immer mehr Menschen sind sich der Gefahren des Passivrauchens bewusst und auch bereit, sich für ihr Recht auf rauchfreie Luft zu wehren.

Die Kampagne «Rauchen schadet...» wurde im Jahre 2001 lanciert. Sie ist Bestandteil des nationalen Programms zur Tabakprävention, welches im Juni durch den Bundesrat bis Ende 2007 verlängert wurde. Während der ersten drei Jahre erfüllte die Kampagne in erster Linie die Aufgabe einer Informationskampagne. Sie vermittelte wissenschaftlich bewiesene Fakten zu den Gesundheitsrisiken des Tabakkonsums (der Rauch enthält mehr als 40 Krebs erregende Stoffe) und verfolgte damit das Ziel, dass das (Passiv-)Rauchen von der Schweizer Bevölkerung als ernst zu nehmende Gesundheitsgefährdung eingestuft wird.

Basierend auf den Ergebnissen der Umfrage zum Tabakkonsum (Tabakmonitoring 2003/4) wurde die Kampagne 2004 neu als Mobilisierungskampagne konzipiert. Sie setzte den Fokus auf das Passivrauchen und somit auf die 71% der nicht rauchenden Schweizerinnen und Schweizer. Eine Mehrheit, die sich zwar durch den Rauch in öffentlichen Räumen stark belästigt fühlt, jedoch dies kaum zum Ausdruck bringt. Die Kampagne wagte mit der Botschaft «Uns stinkts! Passiv Rauchen schadet...» einen populären und wesentlich emotionaleren Auftritt als in den Jahren zuvor.

Die wichtigsten Resultate der externen Evaluation vom Oktober 2004 und des Tabakmonitorings:

Kontinuierlicher Werbedruck zeigt Wirkung: Mehr als die Hälfte der Schweizer Bevölkerung zwischen 14 und 65 Jahren erinnert sich, in den zwei bis drei Monaten vor der Befragung Informationen über die Schädlichkeit des Tabakkonsums gesehen zu haben. In den Jahren 2003 und 2004 ist dieser Anteil von 58 bis auf 77% (im Dezember 2004) angestiegen. Der gestützte Erinnerungswert (d.h. nach Vorlegen von Zeigematerial) stieg gegenüber der Evaluation vom Jahre 2002 um 21% (von 42% auf 63%). Das BAG beurteilt diesen Anstieg als sehr zufriedenstellend und erachtet ihn als Bestätigung der zielgerichteten Strategie.

Grössere Sympathie für die Kampagne «Uns stinkts!»: Betreffend Akzeptanz und Wirkung werden die Kampagnen 2003 und 2004 ähnlich beurteilt. Bei der Kampagne 2003 fühlen sich bereits 61% von den Gefahren des Passivrauchens überzeugt und für das Jahr 2004 steigt dieser Wert auf 69% an. Obwohl die Botschaft «Uns stinkts!» direkt ist und als hart empfunden werden kann, stuften die Befragten diese Kampagne als weniger diskriminierend gegenüber den Raucherinnen und Rauchern ein, als die Kampagne 2003.

Gute Bewertung für die französischen Slogans: Der Claim «Rauchen schadet...», «Fumer ça fait du mal...», «Fumare fa male...» erreicht mit der Durchschnittsnote von 7.0 auf der 10er-Skala in allen drei Sprachregionen eine sehr gute Akzeptanz. Der Slogan «Uns stinkts!» wird von Deutschschweizern schlechter bewertet, jedoch

immer noch mit 5,8. Die Westschweizer hingegen fühlen sich von «De l'air!» stark angesprochen (6,8).

Raucherinnen und Raucher zeigen Verständnis: Die Kampagne möchte verhindern, dass sich Rauchende durch sie in eine Ecke gedrängt oder sogar diskriminiert fühlen. Dies ist zum grossen Teil gelungen, da sich nur jeder zehnte Raucher durch die Kampagne diskriminiert fühlt. Dies entspricht 3 bis 4% der Bevölkerung. Nach eigenen Angaben nehmen nun 32% der Raucherinnen und Raucher vermehrt Rücksicht auf Nichtraucherinnen und Nichtraucher. Konkret heisst dies, dass 21% weniger in öffentlichen Räumen und 20% weniger zu Hause rauchen. Eine Verhaltensänderung, die das BAG nach einer einjährigen Laufzeit von «Uns stinkts!» als markant einschätzt.

Selbstbewusstsein der Nichtrauchenden gestärkt: Die Kampagne 2004 hat gemäss Aussagen der Befragten bei 43% eine Verhaltensänderung ausgelöst. Hiervon wehren sich 34% der Nichtraucherinnen und Nichtraucher stärker für ihre Rechte in öffentlichen Gebäuden, 27% für ihre Rechte zu Hause und 26% am Arbeitsplatz.

Im November 2003 und im Januar 2004 zeigten die Resultate des Tabakmonitorings, dass sich praktisch noch niemand gegen störenden Tabakrauch wehrte. Dies zu verändern, war eines der ambitionierten Ziele der Kampagne «Uns stinkts!». Ein Teil davon ist geglückt. In manchen Bereichen, etwa bei Verantwortlichen in Cafés, Bars, Theatern, Kinos und Taxiunternehmen» ist das Verständnis zu Gunsten des Nichtraucherschutzes noch ungenügend, weshalb sich die Kampagne 2005 auf einige Bereiche konzentriert und versucht, die Sensibilisierungsarbeit hier gezielt weiterzuführen.

Für die Entwicklung der Kampagne 2005 (s. Artikel Seite 7) wurden praktisch alle Empfehlungen aus der Evaluation berücksichtigt.

Öffentlicher Verkehr wird rauchfrei

Passivrauchen ist eines der meistdiskutierten Themen der vergangenen Monate. In verschiedenen Kantonen wurden in jüngster Zeit Werbeschränkungen, Alterslimits für den Zigarettenkauf und Rauchverbote in öffentlichen Gebäuden beschlossen. Am heftigsten umstritten sind Rauchverbote für Gaststätten, wie sie unlängst in mehreren europäischen Ländern mit Erfolg eingeführt wurden. Das Ende Juni vom Verband öffentlicher Verkehr bekannt gegebene Rauchverbot in allen Bahnen, Bussen und Schiffen sowie in geschlossenen Bahnhofsräumen (es gilt ab dem 11. Dezember 2005) ist ein sehr erfreulicher Schritt in die richtige Richtung.

Kontakt: Ursula Reinhard
Sektion Kampagnen, BAG, 3003 Bern
Tel. 031 323 54 59
ursula.reinhard@bag.admin.ch

«Uns stinkts!» – genug vom Passivrauchen am Arbeitsplatz

«Rauchen schadet...»: Die nationale Tabakpräventionskampagne des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) greift 2005 erneut das Thema Passivrauchen auf. Mit Inseraten und TV-Spots will die Kampagne das Problembewusstsein weiter erhöhen und Erwerbstätige motivieren, vermehrt ein rauchfreies Arbeitsumfeld zu verlangen. 29 Organisationen unterstützen den Schutz vor dem Passivrauchen mit einer separaten Plakatkampagne.

Passivrauchen ist eine häufig unterschätzte Gefahr für die Gesundheit. Exponierte Nichtraucherinnen und Nichtraucher können an Lungenkrebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Asthma und Infektionen der Atemwege erkranken. Der bessere Schutz vor Passivrauchen bleibt daher ein aktuelles Thema, das in der Öffentlichkeit und in der Politik breit diskutiert wird. Für die massenmediale Kampagne «Rauchen schadet...», sie ist Teil des seit 2001 laufenden Nationalen Tabakpräventionsprogramms, stellt der Bund im Jahr 2005 3,5 Millionen Franken zur Verfügung.

Unerwünschter Rauch am Arbeitsplatz

In der Schweiz ist rund die Hälfte der Erwerbstätigen am Arbeitsort dem Tabakrauch anderer Menschen ausgesetzt. Studien des BAG zeigen, dass jeder fünfte Arbeitnehmer dem Passivrauch mindestens drei Stunden pro Woche, jeder zehnte sogar mehr als sechs Stunden pro Woche ausgesetzt ist. Zwei Drittel der Nichtrauchenden fühlen sich dadurch belästigt. Rund die Hälfte der nichtrauchenden Berufstätigen wünscht sich am Arbeitsort entweder ein totales oder ein weitgehendes Rauchverbot. Auch ein Drittel der rauchenden Erwerbstätigen unterstützt dieses Anliegen.

Berufstätige oft schutzlos ausgeliefert

Die neue Kampagne will dazu motivieren, sich auch am Arbeitsplatz für rauchfreie Luft einzusetzen und themisiert zu diesem Zweck die Situation vieler Berufstätigen, die mehrere Stunden pro Tag dem



Tabakrauch ausgeliefert sind. Die TV-Spots zeigen einen überraschenden Rollentausch, bei welchem Besucher eines Restaurants und eines Kongresses von rauchenden Angestellten bedient und begrüßt werden. Die Inserate spornen an, sich für rauchfreie Räume einzusetzen («Uns stinkts!») oder mit dem Rauchen aufzuhören («Mir stinkts!»). Nach der ersten Phase im Mai und Juni folgt eine

zweite Kampagnenwelle im September und Oktober 2005.

Telefonische Hilfe für Aufhörlwillige

Weiter ausgebaut wurde das Tabak-Telefon unter der Nummer 0848 000 181, welches Beratung und Hilfe für Aufhörlwillige zur Verfügung stellt.

Gemeinsam für rauchfreie Luft

29 Organisationen haben beschlossen, sich auf einem gemeinsamen Plakat für den Schutz vor dem Passivrauchen einzusetzen. Die Palette reicht von Institutionen im Gesundheits- und Präventionsbereich über

Konsumenten-, Kinder- und Familienorganisationen, Sport- und Jugendverbände bis hin zum Gewerkschaftsbund und dem Staatssekretariat für Wirtschaft Seco. Unter dem Motto «Uns stinkts!» hängen ab August in der ganzen Schweiz die gemeinsamen Plakate mit der unmissverständlichen Botschaft: «71% der Schweizer Bevölkerung rauchen nicht. Und möchten auch nicht passiv rauchen.»

Nationales Tabakpräventionsprogramm verlängert

Die Aktivitäten im Bereich Tabakprävention gehen weiter, der Bundesrat hat beschlossen, das Nationale Programm zur Tabakprävention (NPTP) bis Ende 2007 zu verlängern. Das Programm wurde 2001 vom Bundesrat lanciert, um 12 Zielsetzungen mit Hilfe eines Massnahmenpaketes umzusetzen. Jedes Jahr wurde eine landesweite Informations- und Sensibilisierungs-Kampagne «Rauchen schadet...» durchgeführt, und in Zusammenarbeit mit den nationalen und kantonalen Partnerorganisationen verschiedene Projekte realisiert. Die Tabakverordnung wurde revidiert. Der durchschnittliche Preis einer Packung Zigaretten ist von 4.80 Franken im Jahre 2001 auf heute 5.80 Franken erhöht worden. Und die Schweiz hat das WHO-Rahmenübereinkommen zur Eindämmung des Tabakkonsums unterzeichnet. Zudem wurde im gleichen Zeitraum der Tabakpräventionsfonds lanciert. Gemäss Schweizerischer Gesundheitsbefragung* hat sich der Anteil der Rauchenden in der Bevölkerung seit 1992 auf hohem Niveau stabilisiert: 1992 rauchten 30% der Schweizer und Schweizerinnen; nach einem Anstieg auf 33% im

Jahre 1997 wurde 5 Jahre später ein leichter Rückgang auf 31% verzeichnet. Im europäischen Vergleich nimmt die Schweiz damit nach wie vor einen Spitzenplatz ein.

Nationale Präventionsstrategie

Bis Ende 2007 bleiben alle Zielsetzungen des NPTP in Kraft. Zu den nächsten wichtigen Schritten gehört die Revision des Lebensmittelgesetzes (LMG), welches für die Einführung von Werbeeinschränkungen und für ein Abgabeverbot an Minderjährige zwingend ist. Wie die Botschaft zur Ratifikation des WHO-Rahmenübereinkommens, ist auch die Revision des LMG Teil des bundesrätlichen Legislaturprogramms 2003–2007. Darüber hinaus wird das BAG in Zusammenarbeit mit den wichtigsten Akteuren der Tabakprävention eine nationale Präventionsstrategie ausarbeiten. Diese wird zu einem neuen, mehrjährigen Programm führen, welches die jüngsten Entwicklungen berücksichtigt und 2006 dem Bundesrat unterbreitet werden soll.

* Schweizerische Gesundheitsbefragung 1992, 1997 und 2002, Bundesamt für Statistik, Neuenburg, www.bfs.admin.ch.

Impressum

Nr. 52, August 2005

«spectra – Gesundheitsförderung und Prävention» ist eine Informationszeitschrift des Bundesamtes für Gesundheit und erscheint sechs Mal jährlich in deutscher, französischer und englischer Sprache.

Sie bietet in Interviews und in der Rubrik «Forum» auch Raum für Meinungen, die sich nicht mit der offiziellen Haltung des Bundesamtes für Gesundheit decken.

Herausgeber:
Bundesamt für
Gesundheit
3003 Bern
Tel. 031 323 87 79
Fax 031 324 90 33
www.bag.admin.ch

Realisation:
Pressebüro Ch. Hoigné
Allmendstr. 24, 3014 Bern
hoigne@datacomm.ch

Leitung Redaktionskommission:
Markus Allemann,
markus.allemann@bag.admin.ch

Textbeiträge:
Mitarbeitende des BAG,
Christoph Hoigné,
weitere Autoren

Fotos:
Christoph Hoigné

Gestaltung:
Lebrecht typ-o-grafik
3147 Aakenmatt

Druck:
Bütiger AG
4562 Biberist

Auflage:
7000 Ex. deutsch,
4000 Ex. franz.,
1500 Ex. engl.

Einzelexemplare und
Gratisabonnemente
von «spectra» können
bestellt werden bei:
Bundesamt für Gesundheit
Sektion Kampagnen,
3003 Bern
Tel. 031 323 87 79
Fax 031 324 90 33
kampagnen@bag.admin.ch

Die nächste Ausgabe
erscheint im
Oktober 2005.

Einsatz für Prävention und betroffene Menschen

20 Jahre
Aids-Hilfe in der Schweiz

20 Jahre Aids-Hilfe in der Schweiz. Vor 20 Jahren, am 2. Juni 1985, wurde in Zürich die Aids-Hilfe Schweiz (AHS) gegründet. Aus einer Gruppe von Betroffenen der ersten Stunde und weiteren engagierten Männern hat sie sich zu einer bekannten nationalen Organisation entwickelt. Die AHS engagiert sich in der Prävention, vertritt die Anliegen von HIV/Aids-Betroffenen und ihren Nahestehenden und setzt sich gesellschaftlich und politisch für ihre Interessen ein. Im Jubiläumsjahr führt die AHS vielfältige Aktivitäten durch, die visuell von einem Jubiläumslogo begleitet werden.



In der Schweiz werden täglich zwei neue Infektionen mit dem HI-Virus festgestellt. Heute leben ca. 15'000 Menschen hierzulande mit HIV oder Aids. Seit 20 Jahren setzt sich die Aids-Hilfe Schweiz einerseits für die Verhinderung neuer HIV-Infektionen, andererseits aber auch für die Verbesserung der Lebensqualität von betroffenen Menschen ein. Und dieses Engagement wird auch in Zukunft nötig sein, denn Entwarnung kann nicht gegeben werden. Die Zahl der Neuinfektionen stieg von knapp 600 im Jahr 2000 auf 800 im Jahr 2002 an und ist seither auf dieser Höhe stabil, was weitere Präventionsanstrengungen nötig macht. Dazu kommt, dass von HIV/Aids betroffene Menschen auch heute noch diskriminiert und ausgegrenzt werden. Sei dies am Arbeitsplatz oder in ihrem privaten Umfeld.

Diverse Jubiläumsanlässe

Der Auftakt der Jubiläumsaktivitäten bildete die diesjährige Generalversammlung der AHS vom 28. Mai unter dem Motto «Blick zurück in die Zukunft». Bekannte, mit der Aids-Hilfe Schweiz verbundene Persönlichkeiten blickten auf die letzten 20

Jahre zurück und diskutierten die Herausforderungen an die Prävention sowie die weiteren Massnahmen gegen die Diskriminierung von HIV-Betroffenen. Ende Oktober beginnt im Museum Bärengasse Zürich eine Jubiläums-Ausstellung zu 20 Jahre Aids-Arbeit in der Schweiz, die vom Landesmuseum und dem Bundesamt für Gesundheit in Zusammenarbeit mit der AHS und der Zürcher Aids-Hilfe realisiert wird. Mitte Dezember führt die AHS das «Forum 20 Jahre Aids-Hilfe Schweiz» im Zürcher Technopark durch, welches sich an Aids-Fachleute und weitere interessierte Kreise richtet. Auch die regionalen Aids-Hilfen führen eine ganze Reihe von Jubiläumsaktivitäten durch: In St. Gallen zum Beispiel im Rahmen der Museumsnacht und an einem Poetry Slam, in Zürich unter anderem mit Kinoabenden, Frauen- und Schwulenprogrammen und in Bern gibt es eine Aids-Gala und ein Event-Tram.

Kontakt: Aids-Hilfe Schweiz
Konradstrasse 20, 8031 Zürich
Tel. 044 447 11 21
thomas.lyssy@aids.ch
www.aids.ch



Ein Informationsfilm über HIV/Aids für Migrantinnen und Migranten

Das Bundesamt für Gesundheit hat unter dem Titel «LOVE LIFE - STOP AIDS» einen Informationsfilm für Migrantinnen und Migranten produziert, um sie für das Thema HIV und Aids zu sensibilisieren.

Der 12-minütige Film auf DVD ist in 16 Sprachen und in je einer Frauen- und einer Männerversion erhältlich und vermittelt grundlegendes Wissen zu HIV und Aids. Eine Ärztin und ein Arzt führen durch den Film und erklären das Wichtigste zum Thema Aids: die verschiedenen Übertragungswege, wie sich das Virus nicht überträgt, wie man sich schützen kann und wie man ein Präservativ korrekt benutzt. Die Informationen werden durch Piktogramme verdeutlicht. In jeder Sprachversion werden die Zuschauer durch Angehörige ihrer eigenen Kulturgruppe in das Thema eingeführt und mit einem guten Rat wieder verabschiedet.

In sechzehn Sprachen

Die Informations-DVD ist in folgenden Sprachen erhältlich: Albanisch, Amharisch, Arabisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Portugiesisch, Rumänisch, Russisch, Serbokroatisch, Somalisch, Spanisch, Suaheli, Tamilisch und Türkisch.

Bestellung: www.bag.admin.ch
(unter Themen, Aids), Preis: CHF 25.–

Kontakt: Roger Staub, Leiter Sektion Aids, BAG, 3003 Bern, 031 323 87 29, roger.staub@bag.admin.ch

HIV-Infizierte befragen, um Prävention zu verbessern

CH.A.T Survey. Im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) werden Personen, die sich mit HIV infiziert haben, zu den Umständen ihrer Ansteckung befragt. Ihre Antworten sollen helfen, die HIV/Aids-Prävention – angesichts knapper werdender Mittel – weiter zu optimieren.

In den Jahren 2000 bis 2002 stiegen die jährlichen Meldungen neu diagnostizierter HIV-Infektionen massiv an, von 581 auf 792. 2003 und 2004 verharrten die Meldungen auf diesem höheren Niveau. Es gibt viele mögliche Erklärungen für diesen Wiederanstieg: Gleichgültigkeit, Präventionsmüdigkeit, Wegfall der Todessangst «dank» Behandelbarkeit der HIV-Infektion usw. Trotz dieser beunruhigenden Situation können die Mittel für die Prävention wegen der Finanzknappheit der öffentlichen Hand bestenfalls stabil gehalten werden. Sie sind von 16 Mio. (1993) auf knapp 9 Mio. Franken (2004) gesunken. Es besteht aufgrund der schwindenden Ressourcen ein hohes Interesse, wenigstens die dringendsten Anpassungen bei der HIV-Prävention vorzunehmen. Dazu braucht es jedoch genauere Informationen über die Umstände der Infektion, als sie bisher verfügbar sind. Das BAG hat deshalb dem Kantonsspital St. Gallen den Auftrag erteilt, während eines Jahres die Menschen zu befragen, bei denen eine HIV-Infektion diagnostiziert wurde, um so die Umstände der HIV-Infektion besser zu erforschen. Besonders aussagekräftig sind die Informationen von Personen, die sich frisch mit HIV infiziert haben. (Bei der Bestimmung von Antikörpern kann man neuerdings feststellen, ob eine HIV-Infektion innerhalb der vergangenen vier bis sechs Monate er-

folgte.) Ziel der Studie namens CH.A.T Survey (CH=Schweiz, A=Aids, T=Transmission) ist es, Grundlagen für eine noch besser fokussierte HIV-Prävention zu gewinnen.

Fragebogen und Interviews

In der Studie werden alle bestätigten positiven HIV-Tests erfasst, die zwischen dem Juli 2005 und Juni 2006 gemeldet werden. Das BAG erwartet zwischen 750 und 800 positive HIV-Tests. Die Studie gliedert sich in drei Phasen. In den ersten beiden werden via Fragebogen Informationen gesammelt. Den ersten füllt die Ärztin bzw. der Arzt zusammen mit der Patientin bzw. dem Patienten anlässlich der Konsultation aus, bei der das positive Testresultat mitgeteilt wird. Zusammen mit dem Laborresultat, ob ihre Infektion erst kürzlich oder schon vor längerer Zeit erfolgt ist, wird den betroffenen Personen über ihren Arzt ein zweiter Fragebogen (in einer der Landessprachen oder in Englisch) abgegeben, den sie zu Hause ausfüllen. Fragebogen 2 erforscht ausführlicher die Umstände und den Zeitpunkt der Infektion sowie die allgemeinen Haltungen und Einstellungen zu Gesundheit und Prävention. Die Betroffenen werden auch gefragt, ob eine andere/bessere Prävention ihre HIV-Infektion möglicherweise hätte verhindern können. In der dritten Phase wird mit Patientinnen und Patienten,

die sich erst in den letzten vier bis sechs Monaten mit HIV angesteckt haben, und die sich im Fragebogen 2 dazu bereit erklärt, ein vertiefendes Interview durchgeführt.

Anonymität gewährleistet

Zu keinem Zeitpunkt der Studie erfährt das BAG persönliche Daten der HIV-infizierten Person. Bis und mit Fragebogen 2 erfolgt die Studienteilnahme vollständig anonym. Die betroffenen Personen entscheiden selbst – und aufgrund von ausführlicher Information – ob sie sich für ein persönliches Interview zur Verfügung stellen. Bei Bedarf kann auch das Interview anonym geführt werden. Die Studienteilnahme ist selbstverständlich freiwillig.

BAG und Studienleitung sind sich bewusst, dass mit dieser Studie in einem speziell sensiblen Gebiet geforscht wird. Deshalb wurde die Studie der Ethik-Kommission des Kantons St. Gallen zur Beurteilung vorgelegt und von dieser genehmigt. Allen Präsidenten der kantonalen Ethik-Kommissionen wurden die Unterlagen zur Studie und der Entscheid der St. Galler Ethik-Kommission zur Kenntnis zugestellt.

Kontakt:
Roger Staub, Leiter Sektion Aids, BAG
3003 Bern, 031 323 87 29
roger.staub@bag.admin.ch